

10.10. Volksinitiative "Steuerstopp"

- 1999, 28. August: Unter dem Titel "Steuerstopp" lanciert die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) eine eidgenössische Volksinitiative, mit der eine Ausweitung der Staats- und Steuerquote während sieben Jahren eingedämmt werden soll. Nach dem Wunsch der Initianten sollte das Begehr im Jahre 2003 zur Abstimmung gelangen, um dann im Jahre 2004 in Kraft treten zu können.

Die Initiative in Form eines ausgearbeiteten Entwurfs hat folgenden Wortlaut:

Die *Übergangsbestimmungen* der Bundesverfassung vom 18. April 1999 werden wie folgt ergänzt:

Art. 197 Ziff. 1 (neu)

1. *Übergangsbestimmung zu Art. 59 Abs. 3, Art. 85, Art. 86, Art. 106, Art. 112, Art. 114, Art. 116, Art. 130-132 und Art. 196 Ziff. 2, 3, 8 und 14-16 (Steuern und Abgaben)*

¹Während sieben Jahren nach Inkrafttreten dieser Bestimmung dürfen bündesrechtliche Steuern, Sozialabgaben und andere Abgaben nur eingeführt oder erhöht werden, wenn im gleichen Umfange bestehende bündesrechtliche Steuern, Sozialabgaben oder andere Abgaben gesenkt werden.

²Wird nach Inkrafttreten dieser Bestimmung der im Durchschnitt der Jahre 2001 und 2002 erreichte Anteil der bündesrechtlichen Steuern, Sozialabgaben und anderer Abgaben am Bruttoinlandprodukt überschritten, so treten im zweiten darauf folgenden Jahr folgende Wirkungen ein: Im Umfange je der Hälfte des sich daraus ergebenden überschüssenden Betrages ermässigt sich die direkte Bundessteuer für jeden Steuerpflichtigen um den gleichen Prozentsatz und erhöht sich der Bundesbeitrag an die Alters- und Hinterlassenenversicherung. Der Bundesrat legt die entsprechenden Prozentsätze und Beträge fest.

³Die Absätze 1 und 2 gelten weder für Lenkungsabgaben, die vollständig zurückerstattet werden, noch für die Erhöhung bündesrechtlicher Steuern, Sozialabgaben und anderer Abgaben, die zur Kompensation demographisch bedingter Mehraufwendungen bei der Alters- und Hinterlassenenversicherung unerlässlich ist.

⁴Die Bestimmung tritt mit der Annahme durch Volk und Stände in Kraft.

Die Frist zur Unterschriftensammlung beginnt am 31. August 1999 und läuft am 1. März 2001 ab.

- 2000, 4. Dezember: Die FDP sammelt keine Unterschriften mehr für ihre Steuerstopp-Initiative. Statt der Initiative lanciert die FDP ein "Positionspapier zur Finanz- und Steuerpolitik", worin die Partei eine Schulden- und Steuerbremse fordert. Bisher sind rund 60'000 beglaubigte Unterschriften beisammen. Das Unternehmen "Steuerstopp" wird nun beerdigt.
- 2001, 22. März: Die Sammelfrist ist unbenutzt abgelaufen. Das Volksbegehr scheitert damit definitiv.